

# Solaer Tagblatt

Entsteht täglich 5 Uhr früh in eigener Verlagsbuchdruckerei (Dr. M. Kempter & Co.)  
Hauptstraße 20. Für die Redaktion und Druckerei verantwortlich: Hans Lorber.

Berater: Redakteur Hugo Duden.  
Herausgeber: Herausgeber Nr. 58.

14. Jahrgang. — Nr. 4173.

Die Redaktion ist geschützt vor § 122 z. 2. der Straf- und Strafgerichtsordnung. Die Redaktion ist geschützt vor § 122 z. 2. der Straf- und Strafgerichtsordnung.

Zeitungsgesetz: Gesetzblatt K 36. Inhalt: K 36.

Bezugsgebühr: Einzelblatt 15 P. Einzelheft 30 P. ein Wort 10 P. in Heftblatt 15 P. Reklamenaufgabe: 30 P. Anzeigen und Anzeigen im Centrale: 60 P. für eine Spalte 1 Punkt.

Einzelpreis 12 Heller.

## Generalstabsberichte.

Wien, 17. März. (KB.) Amtlich wird verlautbart: Es zu berichten. — Der Chef des Generalstabes.

Berlin, 17. März. (KB.) — (Wolfsbüro.) Aus dem Großen Hauptquartier wird amtlich gemeldet: Westlicher Kriegsschauplatz: Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: In Flandern war von Mittag an die Artillerieaktivität verstiegen; an der übrigen Front beschränkte sie sich auf Störungsfeuer; es lebte am Abend wieder auf. — Heeresgruppen deutscher Kronprinz und v. Gallwitz: Am der Mittelteile, südwestlich von Vervins au Boe, sowie in Verbindung mit einer erfolglosen durchgeföhrten Unternehmung bei Tihure ziemlich erhöhte Geschäftigkeit. Nach zehntägiger Feuerüberdeckung stießen französische Abteilungen westlich von Abordent auf breiter Front vor. Teils hielt unter Feuer sie selber, teils warf unsere Infanterie im Gegenkampf sie zurück. Starke Artilleriekämpfe hielten tagsüber und nächtig auch während der Nacht auf dem Westufer der Maas an. Unsere Infanterie brach an mehreren Stellen zu Erkundungen vor. Auch französische und waldeutsche Stoßtrupps drangen bei Samognies, badische Kompanien bei Beaumont, schlesische Sturmtruppen bei Vezoncourt tief in die feindlichen Stellungen ein und brachten mehr als 200 Franzosen, darunter einen Bataillonsstab, gefangen zurück. — Heeresgruppe Herzog Albrecht: Im Peronne-Maubeuge, sowie in der Gegend von Blomont und Vadouville rege Artilleriekampf des Gelbes. — Im Luftkampf und von der Erde aus wurden gestern 17 feindliche Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen. — Von den übrigen Kriegsschauplätzen nichts Neues. — Der Erste Generalquartiermeister v. Lubendorff.

## Drahtnachrichten.

### Vorste des deutschen Admirals.

Berlin, 17. März. (KB.) Das Wolfsbüro meldet: Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz versenkten unsere U-Boote neuerdings 18.000 Bruttoregistertonnen feindlicher Handelsflottestrommes. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

### Eine Rede Dr. Helfferichs.

Berlin, 17. März. (KB.) In der heutigen Versammlung des Verbundes des Einfuhrhandels hielt Staatssekretär Dr. v. Helfferich eine Rede, in der er zunächst sagte, er spreche als Privatmann und unter keiner anderen Verantwortlichkeit als seiner eigenen und führte sodann aus: Wenn uns der Friede nicht wiederherstellt, was draußen in der Welt uns genommen und sabotiert haben, wenn er uns in der Welt nicht die Freiheit unserer Arbeit und unserer Unternehmungen wiederherstellt, dann ist das deutsche Volk für unabsehbare Zeit zum Kriegspfeil geschlagen. Wenn Bonapartes Law noch in seiner letzten Rede zum hundertstenmal als ein einheitliches und unabänderliches Kriegsziel der Alliierten „die Vernichtung des deutschen Militarismus“ proklamiert hat, so antworte ich ihm, es lebe das deutsche Volktheit. Den Beweis für die Verbündetung und Notwendigkeit unseres „Militarismus“ hat die Weltverschönerung unserer Feinde erbracht. Es bleibt für uns der Sachverhalt bestehen: Den Frieden, den wir brauchen, vor allem einen Wirtschaftsfrieden, müssen wir uns erst erkämpfen, das leicht, schwierig erlingen. Ich weiß, es gibt niemand in Deutschland, der nicht mit heißem Herzen gewünscht hätte, es möchte dem harappten deutschen Volke und der blutenden Menschheit erspart bleiben, aber wenn es sein muß, wird das deutsche Volk auch diese furchtbare Probe bestehen. Wir verlangen für den Rechtsbruch und die Verfehlung Wiederverfestigung und für den Schaden Entschädigung. Wie begegnen der Absicht der Differenzierung mit der Forderung der Meistbegünstigung, der Absicht der Ausschließung mit der Forderung der offenen Tür, des freien Meeres, und der Drohung der Rohstoffsperrre mit der Forderung der Rohstofflieferung.

### Unser Kriegsminister in Berlin.

Berlin, 17. März. (KB.) Kaiser Wilhelm hat den österreichisch-ungarischen Kriegsminister Freiherrn v. Süßner durch Verleihung des Roten Adler-Ordens 1. Kl. mit den Schwertorden ausgezeichnet.

### Nugzen.

Budapest, 16. März. (KB.) In der heutigen Sitzung des Wahlreformausschusses sprach der Minister Vaszonny ausführlich über die Wahlreformvorlage und erklärte zunächst, man sollte, anstatt sich darum zu mühen, wie die Wählerzahl verkleinert werden könnte, das Hauptgewicht darauf legen, festzustellen, in welchen wesentlichen Punkten eine gemeinschaftliche Auffassung unter den ungarischen Parteien besteht, sowie darauf, daß ein gemeinsames ungarisches nationales Arbeitsprogramm festgestellt werde, anstatt in der Wahlreformfrage von der Regierung Opfer zu verlangen, die sie ohne Aufgabe ihrer Reputation und Glaubwürdigkeit nicht bringen könnte. Der größte Vorteil der Wahlreformvorlage sei, daß wirksame, fähiges Wahlrecht zu schaffen, damit nicht das Wahlrechtsproblem stets neu auf die Tagesordnung gebringe. Nach der Wahlreformvorlage vergöhre sich die

Wählerzahl fortwährend mit der steigenden Kultur, so daß nach einer gewissen Zeit das allgemeine Wahlrecht nicht überflüssig verwirklicht würde. Bis dahin müßten alle nationalen und demokratischen Probleme gelöst werden, welche nach dem Wunsche der Geister Garantien gegen die Gefahr eines allgemeinen Wahlrechtes bleien sollten. Der Minister beschäftigt sich sodann eingehend mit den Einwürfen gegen die Vergleichung der Nationalitäten-Wählerzahl und sagt, die Lösung der Nationalitätsfrage müsse wo anders als in einem begrenzten Wahlrecht gesucht werden. Wie müssen uns vielmehr in einem ungarnischen Programme zusammenfinden, bezüglich dessen unter den ungarischen Parteien es keine Meinungsverschiedenheiten geben darf. Der Minister belehrt in diesem Zusammenhang die Prinzipien der neuen Wahlrechtsreform, die keine Ungerechtigkeit gegenüber den Nationalitäten bedeute, sondern die bei der bisherigen Wahlrechtsreform dem Ungarnum widergetretenen Ungerechtigkeiten beseitigen soll. Außerdem brauche die Nationalitätsfrage in Ungarn nicht übertrieben zu werden; denn das Ungarnum besitzt in Ungarn die absolute Mehrheit. Eine Parallele mit Österreich sei ganz unbegründet. Dazu käme, daß die Interessen des Ungarnums und des staatenstreuen Deutschstums identisch seien. Das Ungarnum und das Deutschstum, an erwachsenen Männern gerechnet, beträgt zusammen 65,4 Prozent. Wenn gewisse Nationalitäten auf eine Spaltung der ungarischen nationalen Einheit hofften, könnten sie jetzt, nachdem der König sich auf den Standpunkt der ungarischen Armee und damit auf den Standpunkt des einheitlichen ungarischen nationalen Staates gestellt habe, keinen Erfolg mehr von ihren ungarischstämmigen Bestrebungen erwarten. Indem ist die irredentistische Bewegung vernichtet. Die rumänische Freiheit gehörte heute beispielweise nicht bloß in das Reich der Träume, sondern wirkte geradezu an Wahlfähigkeit grenzen. Statt die Lösung der Nationalitätsfrage bei dem Wahlrechtsproblem zu suchen, sollte vielmehr auf die unverzüglich ausnahmslose Verstaatlichung der Lehrerbildung Gewicht gelegt werden, ohne Berücksichtigung der eventuellen konfessionellen Empfindlichkeiten. Auch auf dem Gebiete des staatlichen Volkshochunterrichts müßten schließlich die entsprechenden Vorkehrungen getroffen werden. Dadurch würde für die ungarische Nation mehr geleistet, als durch die Einigung des Wahlrechtes. Gerade die Slowaken, die die von der Wahlreformvorlage geforderte Kenntnis des Lesens und Schreibens beiführen, überlegen die Behauptung der österreichischen kroatischen und slawischen Politiker, daß das an die Bedeutung der Kenntnis des Lesens und Schreibens geknüpfte Wahlrecht eigentlich bloß gegen die Slaven gerichtet sei. Die größte Zahl der Analphabeten entfallen auf die Rumänen, so daß ebenfalls nur eine rumänische oder vielleicht ruthenische Nationalitätsfrage erfüllt. In eiserner Beziehung seien die Verhältnisse heute weit günstiger als vor dem Kriege, als auf das Bundesverhältnis mit Rumänen und die Stimmung der ungarischstämmigen Rumänen Rücksicht genommen werden müsse. Es sei zu hoffen, daß künftig jede ungarische Regierung sich diesbezüglich freie Hände bewahren und gleichzeitig für immer ausschließen werde, daß Rumänen unter dem Titel und dem Deckmantel der rumänischen Kultur sich in unsere inneren Angelegenheiten einmengen, und daß keine Nationalitätsbewegung mit ausländischem Gelde in Ungarn geschaffen werde. Wenn also die Gegner der Wahlreformvorlage behaupten, durch ihre Forderungen das Ungarnum gegen die Demagogen und namentlich gegen die Nationalitätsengesetz zu verteidigen, so verteidigen sie nur ihren konserватiven Standpunkt und wollen die Herabsetzung der Wählerzahl. Diese Forderungen würden, namentlich was Siebenbürgen betrifft, das Ungarnum außerordentlich schädigen, während sie in der Wahlreformvorlage aufgenommene Forderung der Kenntnis des Lesens und Schreibens, namentlich in Siebenbürgen die Ungarn begünstige. Die Forderung der Kenntnis der ungarischen Sprache in Wort und Schrift würde gegenüber der einfachen Forderung der Kenntnis des Lesens und Schreibens die Wählerzahl um etwa ein Viertel herabsetzen. Der Minister erklärt, daß die gegen die Wahlreformvorlage erhobenen Einwendungen bloß konserватive Tendenzen verfolgen, in nationaler Richtung aber keine besseren Garantien bieten. Die Aufgabe der Zukunft sei die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und der nationalen Einheit, aber nicht als Selbstzweck, sondern zur Sicherung der demokratischen Entwicklung. Zugleich aber müsse auch das landwirtschaftliche und städtische Proletariat mit allen Mitteln verhindert werden. Wenn außerdem noch die Frage der ungarischen Armee geregt werde, dann entfallen zwei Hauptfragen, welche bisher die ungarischen Parteien gestellt haben. Der Minister empfiehlt schließlich die Vorlage zur Grundlage der Spezialdebatte. — Abg. Graf Karoly spricht dem Minister seine Zustimmung dazu aus, daß er eine wechselseitige Abänderung der Wahlreformvorlage nicht anstelle. — Nächste Sitzung morgen.

### Eine Verbaudkonferenz in London.

Berl., 17. März. (KB.) Die österl. Zeitung „Der Freiheit“ berichtet von einer wichtigen, in diesen Tagen in London stattfindenden Konferenz, an der Clemenceau, Dr.

London und Bissolati teilnehmen werden, um bezüglich der Haltung gegenüber Rußland, sowie gegenüber einem Eingreifen Japans in Sibrien eine Vereinbarung herzustellen.

### Holland.

Amsterdam, 16. März. (KB.) Den Blättern zufolge trat der Ministerrat abends zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Frage der Verhandlungen mit den Alliierten zu besprechen.

### Japan und Rußland.

Tokio, 16. März. (KB.) — (Reuterbüro.) Die Zeitung „Yoshi Shinbun“ berichtet, daß die Marinen in Blagoweschtschenko 150 Japaner ermordeten.

London, 16. März. (KB.) „Daily Mail“ erfaßt aus Dienst, daß während der letzten Unruhen in Blagoweschtschenko 3 Japaner getötet und 7 verwundet wurden, als sie ihr Eigentum gegen die Bolschewiki verteidigten.

London, 16. März. (KB.) Die „Times“ meldet aus Tokio vom 14. d., daß die Berichte aus Amerika und England, die den Aufstand erwecken, als ob das Eingreifen Japans in Sibirien eine beschlossene Sache wäre, durch keine amtliche Mitteilung bestätigt wurden. Sie seien vielmehr irreführend und widersprechen allem, was an amtlicher Stelle bekannt sei. Die Lokalpresse stellt für die Intervention ein, aber einschlüchtige Kreise seien entgegengesetzter Meinung und fänden jetzt allgemeine Unterstützung. Die Meinungen über das Eingreifen hätten in diesen Tagen eine starke Depression an der Börse hervorgerufen, aber gestern und heute sei zu bemerken, daß man glaube, Japan werde nicht eingreifen, und dieses Vertrauen wirkt günstig.

### Die Union.

Washington, 16. März. (KB.) — (Reuter.) Der Präsident hat neuerdings angeordnet, daß wöchentliche Konferenzen zwischen dem neu errichteten Kriegsrat und Vertretern des Senates und des Repräsentantenhauses stattfinden sollen.

## Verschiedene Nachrichten.

Die Tiroler Deutschen für die Opposition. Die Leitung der Österreichischen Partei für Tirol hat mit 13 gegen 9 Stimmen folgende Entschließung angenommen, die zuvor die Bürgervereine von Meran, Obermais und Untermals gefordert hatten: Seitdem die Böller Österreichs vor 50 Jahren dazu berufen wurden, an dem Schicksale des Österreichischen Staates mitzuwirken, hat das deutsche Volk stets bewundert, daß es sein Wohl mit dem des Staates gleichlaufend betrachtete; ja es ging darin so weit, daß eben dem Staatswohl unterzuordnen. Schlechtlich besiegten die Deutschösterreicher ausnahmslos diese ihre Treue zum Reich und zum Kaiserhaus durch unermäßliche Opfer an Gut und Blut. Dagegen waren die nichtdeutschen Völker schon im Frieden immer nur auf die rücksichtslose Wahlung der eigenen Vorteile bedacht, im Kriege ließen sie ihr möglichstste freie Hände in die Hände zu spielen. Ihr Verhalten als Spione und Verräte auf dem Schlachtfelde hätte ohne die Aufopferung der Deutschösterreicher das Ziel unserer Feinde, die Vernichtung Österreichs und seines Herrscherhauses, auch verwirklicht. Deshalb werden aber die Staatsangehörige noch weiter mit Mitleid überflutet, ja ihre Bestrebungen nach größerer Selbständigkeit werden gefordert. Nicht einmal gegen jene Österreich, die in den feindlichen Armeen gegen Österreich kämpft, mag die österreichische Regierung auch nur die Anwendung des Gesetzes anzukündigen. Es muß somit als ausichtslos bezeichnet werden, daß das Deutschland in Österreich jemals die ihm gebührende Stellung erringt. Die Deutschen haben daher keine Ursache, sich weiter für einen Staat einzusetzen, der sie vernachlässigt und zurückdrängt, sie können ruhig aufsehen, wie die Lenker Österreichs die Grundfesten dieses Staates bedrohlich untergraben und dessen Weiterbestand gefährden. Auch wir Deutsche wollen in Hinkunft, gerade so wie die Nichtdeutschen Österreichs, unbekümmert um dessen Schicksal, nur mehr auf unser eigenes Wohl bedacht sein.

### Vom Tage.

Mittelstandsaktion. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft Pula gibt bekannt: Mit dem Erlass des Volksnahrungsmittelamtes vom 15. November 1917, J. 108923, wurde die Durchführung einer Mittelstandsaktion in Aussicht gestellt, welche die Erleichterung der Lebensführung dieser Bevölkerungsklasse im Auge hat. Zur Durchführung der Maßnahmen haben sich in Pula je ein Komitee für die nachstehenden zwei Kategorien von Personen gebildet: 1. für Besitzer der Gemeinde, Lehrer, Pensionisten und Privatangestellte nach dem Handlungsgeschäftsgesetze; 2. für Kleinbetriebende. Beihin Feststellung der Zahl der Teilnehmer an den zu gründenden Einrichtungen werden für jede der beiden angeführten Kategorien abhängende Pauschalzölle, die sich in der Zeit vom 15. bis 30. März L. J. anwenden, und 6 Uhr nachmittags im Bureau der Kammerwesen eingezahlt. Die Sitzung Nr. 35 mit

ihren Ausweisdokumenten, sowie jenen ihrer in Pola wohnenden Familienangehörigen anzumelden. Am Sonn- und Feiertagen werden die Anmeldungen zwischen 10 bis 12 Uhr vormittags entgegengenommen. Der k. k. Festungs-Kommissär: Hohenbrück m. v.

## Der Beschluss des Landesrates von Kurland.

Die reichsdeutschen Wälder beschäftigen sich eingehend mit der Frage der Regelung der kurländischen Frage. Der Landesrat von Kurland hat beschlossen, dem deutschen Kaiser die Herzogskrone anzubieten. Eine offizielle Verstüttung dieser Melbung steht indessen noch aus. In der Tat hat am 8. März der Landesrat in Altam folgenden Beschluss gefasst:

1. Seine Majestät den Kaiser und König zu bitten, die Herzogskrone Kurlands anzunehmen.
2. Dem Wunsche Ausdruck zu verleihen, den Abschluß von Konventionen, betreffend das Militär, Zoll, Verkehrs-, Bahn-, Währungs- und Gewerbezuwesen und anderer Verträge Kurlands möglichst eng an das Deutsche Reich anzuschließen.
3. Die Hoffnung auszusprechen, daß das ganze Baltikum zu einer staatlichen Einheit im Anschluß an das Deutsche Reich zusammengefäßt werde.

Das „Berliner Tageblatt“ schreibt hierzu: Wie erinnerlich, hat in Rostock der Staatssekretär v. Kühlmann bei der Frage des „Selbstbestimmungsrechtes“ wiederholte erklärt, daß die gegenwärtig in den von Kurland besetzten Gebieten bestehenden Körperschaften ausgebaut und erweitert werden und dann über die Zukunft der Gebiete entscheiden sollen. Seit diesen Erklärungen ist, soweit man weiß, eine solche Ausgestaltung des Landesrates von Kurland nicht vorgenommen worden. Eine Veränderung in der Zusammensetzung des Landesrates ist zuletzt im September 1917 erfolgt, und zwar in der Weise, daß dem Landesrat, in dem bis dahin der kurländische Adel und die anderen Vertreter der deutschen Minderheit allein saßen, eine gleiche Zahl von Vertretern der lettischen Mehrheit beigegeben wurde. Ob bei der Auswahl dieser lettischen Vertreter eine Garantie dafür bestand, daß sie den Willen des Lettenthums zum Ausdruck brächte, mag jetzt unerörtert bleiben. In keinem Falle könnte es wünschenswert erscheinen, daß über eine so angehender beobachtungswerte Zukunftfrage wie die jetzt vorliegende die Entscheidung von einer Körperschaft getroffen werde, der hinterher, im weiteren Laufe der Entwicklung, nachgesagt werden könnte, sie habe nicht die wahre Meinung der Bevölkerung ausgedrückt.

Bor allem aber wird auch der deutsche Reichstag sich mit dem Angebot des kurländischen Landesrates eingehend beschäftigen haben. Der Reichstag hat sich ja den Oppositoren gegenüber bisher eine außerordentliche Zurückhaltung aufgerichtet, aber er darf sich nicht darüber täuschen, daß eine Volksabstimmung ebenfalls sehr durch bestehendes Juristischen wie durch eine klare Stellungnahme Verantwortungen übernimmt. Die Verfassung, die in diesen Punkten dringend die Ergänzung bedarf, gibt dem deutschen Reichstag, der gewöhnlich Vertretung des deutschen Volkes, zu einer Mitscheidung in solchen Fragen kein Recht. Im Oktober 1911 forderte der Reichstag, nach dem Abschluß des Marokko-Kongo-Vertrages, ein Genehmigungsrecht bei Abteilungen oder Erwerbungen von Kolonialland, was auf den Widerspruch der Regierung stieß. In der Kommission brachte der damalige Abgeordnete Freiherr von Hartling einen Antrag ein, welcher lautete: „Zum Erwerb und zur Abteilung eines Schutzzettels oder von Teilen eines solchen bedarf es eines Reichsgesetzes.“ Im Plenum erklärte Freiherr v. Hartling am 5. Dezember 1911, eine Möglichkeit, die Regierung zu einer anderen Rechtsauffassung zu zwingen, habe nicht vorgelegen, darum habe man sich auf seinen Antrag, den die Regierung zustimmte, geinigt. „Wir haben“, sagte Hartling, „für die aktuellen Verträge davon abgesehen, ein Mitscheidungsrecht des Reichstages herbeizuführen, wir wollen aber eine Sicherung nach dieser Richtung hin für die Zukunft.“ Wenn

man damals auch nur an Erwerbungen außerhalb Europas gedacht hat, so läßt sich doch die Ansicht vertreten, daß Kurland ein „Schutzzettel“ ist. Wie man den Begriff aber auch auslegen mag — die Übertragung der Herzogswürde von Kurland an den Kaiser darf keine dynastischen Angelegenheiten sein, und dynastische Angelegenheiten darf es bei der Neuordnung der Dinge, nach diesem Kriege, überhaupt nicht geben. Schon in jener Debatte vom 5. Dezember 1911 sagt der Abgeordnete Webel: „Die Völker wissen nicht, was mit ihnen geschieht und dabei steht ihr Wohl und Wehe auf dem Spiel. Das geht auf die Dauer nicht mehr.“ Der Reichstag, der aus der Vergangenheit gelernt haben kann, hat die Pflicht, das Angebot des Landesrates von Kurland gewissenhaft zu prüfen und alle Konsequenzen zu erwägen, die sich daraus ergeben können.

## Die Eindrücke des „Wolf“-Kommandanten.

Ein Vertreter des Wolfischen Telegraphenbüros vertritt: Anlässlich der neuesten Rede des Lords der Admiraltät im englischen Unterhause nahm ich Gelegenheit, mich gestern mit dem Kommandanten des Hilfskreuzers „Wolf“ zu unterhalten. Fregattenkapitän Berger machte mir hierbei u. a. folgende interessante Mitteilungen, die eine vorzügliche Antwort auf die Ausführungen der englischen Regierung sind, daß die Wirkung des Unterseebootenkrieges nachlässt:

„Als ich im Dezember 1916 die Ausreise antrat, fand ich in den englischen Gewässern und im Atlantischen Ozean noch einen regen Schiffsvorkehr vor. Wie völlig verändert war indessen das Bild auf der Rückreise! Im südlichen Atlantischen Ozean wurden mir noch vereinzelt Schiffe angetroffen; besonders auffallend aber war die Verkehrslosigkeit im südlichen und mittleren Teile des Nordatlantischen Ozeans. Selbst auf den großen Dampferwegen nach den Vereinigten Staaten war der Verkehr wesentlich geringer geworden. Die Wirkungen des Unterseebootenkrieges hätten mir nicht eindrucksvoller vor Augen geführt werden können. Die Seeverkehrsschau wurde mit dem Abschluß von den englischen Inseln. Die ferneren Ozeane, insbesondere die pazifischen Gewässer, sind doch tatsächlich ver einsam. Schon im April 1917 sahen sich die Engländer und Franzosen, wie ich aus verschiedenen Quellen feststellen konnte, infolge des großen Schiffszuvermangels gezwungen, ihre Schiffe aus den entlegeneren Gewässern, z. B. den australischen, nach der Heimat heranzuziehen. So mußte der Schiffsvorkehr zwischen Australien und Neuseeland eine so erhebliche Einschränkung erfahren, daß es selbst nicht möglich war, den notwendigsten Austausch von Waren, hauptsächlich landwirtschaftlichen Produkten, zwischen diesen Ländern zu bewerkstelligen. Die Schifffahrt zwischen Australien und Südamerika hat so gut wie ganz aufgehört.

Wie ich aus der Pressepost, ferner aus Zeitungen, die ich in großer Menge auf den aufgebrachten Schiffen fand und mitgebracht habe, und schließlich aus den Aussagen zahlreicher Gefangener feststellen konnte, herrschte unter der Bevölkerung Neuseelands und Australiens im allgemeinen eine starke Missstimmung sowohl gegen die Regierungen dieser Länder wie gegen das Mutterland. Aus vielen Ausführungen war auf Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen und Kriegsmisslücken zu folsehen. Auch traf man nicht selten auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt zum Kriege überhaupt. Es wurde als ein Unternehmen englisch-großbritannischer Kreise bezeichnet, das von diesen in der Hoffnung auf erheblichen Gewinn eingeleitet worden sei. Man habe den Krieg vom Zaune gebrochen. Starke Missstimmung herrschte über die besonders ausgedehnte Heranziehung der australischen Bevölkerung zum Heeresdienste, die als eine ungerechte und ungerechte Belastung und eine Benachteiligung gegenüber dem Mutterlande bezeichnet wurde. In Auftritten hat sich Japan wirtschaftlich erheblich ausgedehnt und den englischen Handel fast ganz verdrängt. Hier hat sich die Hoffnung Englands auf eine Eroberung der deutschen

Märkte und einen erheblichen Gewinn [...] Handelsbeziehungen zwecklos nicht erfüllt. Die Misere und das Verdringen Japans ereignen in Australien einen Staatenzusammenschluß vorwiegend auf die Faz. der japanischen Machtausbildung zurückzuführen ist, großes Bedauern, da man glaubt, daß das erhebliche Anmaß der wirtschaftlichen und damit auch die politische Macht Japans keine kleine vorübergehende Erscheinung ist, sondern auch nach dem Kriege fortbestehen werde. Die Stimme der Insel gegen die Engländer ist durchwegs religiös und erreicht häufig den Grad offener Feindschaft. Aufrechterhaltung der Ordnung in dem indischen Kontinent ist nur unter Amtsentfernung von Gewalt möglich.

Der tiefste Eindruck, den ich empfinde, ist über zweitlos der vom Niedergang des englischen Seehandels urdammt der Grundlage der englischen Wirtschaftsmacht. Heute bei unseren Gegnern noch von der Wirkungslosigkeit des Unterseebootenkrieges zu sprechen wagt, tut dies unheimlicher Entstellung der Tatsachen, für die es keine einbrücksvollen und klareren Beweis geben kann als zunehmende Vereinsamung der Meere.“

## Ausweis der Spenden.

Zu Handen des Präsidiums des liegenden Frauenehrtverbandes vom Roten Kreuze für Triest und Istrien sind dessen humane und edle Zwecke folgende Spenden geläufig:

(Spenden bis inkl. 15. März 1918.)

### Für das Rote Kreuz:

6 Bootsfahrten 19 K.; Herr Milovan 5 K.; A. Y. Z. 60 K.; Basarverkauf 18 K.; 5 Prozent vom Bruttoeinkommen des Konsortiums vom S. d. M. im Politikamt 57 K. 70 h.; Elou-Freil. Stabsmaschinistenwacht W. Gerst statt eines Krautes auf das Grab des verstorbenen Oberstabsarztes Dr. E. Dör 10 K. Hierzu der frühere 14. 4627 K. 24 h. Gesamtbetrag 4553 K. 54 h.

### Prothesenfond für Kriegsinvaliden der Kriegsmarine.

Eine Linienschiffskapitän als Kriegsinvaliden-Spende von verstorbenen Marineoberstabsarzt Dr. Emil Dör 25 K. Hierzu der frühere Ausweis 908 K. 70 h. Gesamtbetrag 934 K. 70 h.

**Dem Damenkomitee für Kriegsgruppe in Pola zug kommende Spenden:**

(Spenden bis inkl. 15. März 1918.)

### Für das zu errichtende Invalidenheim:

Fraulein Helene Hermann 20 K. Hierzu der frühere 38.918 K. 25 h. und Kriegsausgabe-Nom. 200 K. d. Betrag 38.966 K. 35 h. zu 100 Kriegsanleihe-Nom. 200 K.

Für Witwen und Waisen nach Gefallen der gesamten bewohnten Macht:

Sammlung des „Polar Tagblatt“ 53 K.; Sammlung „Gazette in Pola“ 15 K.; Spenden der hier zum 8. eingeklangten Damea 248 K., Kommando S. M. S. Radetzky 31 h. als Spende aus der Vorwoche (aus Verschwendungen der Druckerei nicht ausgewiesen, aber in letzter Gesamtheit enthalten).

Für Witwen und Waisen nach Gefallen der k. u. k. Kriegsmarine:

Fz. Admiral Fiedler und Frau statt eines Krautes und Grab des vorsterbenden Marineoberstabsarztes Dr. B. Dr. Dör 50 K.; Sammlung des „Polar Tagblatt“ 50 K. 15 h.

### Für die allgemeine Kriegsfürsorge:

Die Leitung der städtischen Volks- und Bürgerschule Pola als Drittel der R. L. A. der am 6. d. M. von den städtischen Volks- und Bürger Schulen veranstalteten Schülervorstand 43 K. 75 h.

Hierzu der frühere Ausweis 111.463 K. 19 h. Dies 100. 112.332 K. 87 h.

Allen Kameraden, Freunden und Bekannten, von mir nicht persönlich verabschieden konnte, ein Lebewohl! Um allen wünsche ich, trotz Juden und Ratten, einen Siegfrieden.

Für Durchreisende gilt die alte Peilung und Postkarte z. d. H. Stein.

## Richard Stipek

a. o. G. Herr und Bauer am Raastho

## Bon großen und kleinen Spitzbüben.

Six Erzählungen von Karl Schuster.

### 1. Der eifersüchtige Gatte

Nachdruck verboten.

Wenn Justizrat Römhild geglaubt hatte, nun längere Zeit von den Besuchen dieses ihm offensichtlich ungemein angenehmen Mannes verschont zu bleiben, so hatte er sich gründlich getäuscht.

Schon am anderen Abend erschien Buchenhagen wieder bei ihm, und auf seine etwas erstaunte Frage, was er wünsche, antwortete er:

„Die Schmucksachen der Frau Schirmer sind ge funden.“

Der Justizrat Römhild war auf das höchste betroffen.

„Wie haben Sie das angefangen? Wo sind die Schmucksachen?“

„Die Schmucksachen bestanden sich in dem Geldschrank der Firma A. M. Schirmer. Unterschert und mochthaben sind sie dort aufgezogen worden. Sie sind in ein Rätselchen gelegt, das früher einmal zur Aufnahme von Schmucksachen gedient haben mag. Dies Rätselchen ist mit einem blauen Bandchen umhüllt. Ich habe es geschnitten und sämtliche in dem Verzeichnis aufgeführten Schmucksachen vorge legt.“

„Wo sind die Schmucksachen jetzt?“

„Natürlich habe ich sie da gelassen, wo ich sie gefunden habe.“

Aber wie kannen Sie darauf, gerade in dem Schrank der Bankfiliale nach den Schmucksachen zu suchen und wer hat Ihnen den Geldschrank geöffnet?“

„Wie ich dazu kam? Auf die einfachste Weise von der Welt. Meiner Ansicht nach hatte das Feißen der Schmucksachen mit der Eindringung der Frau Schirmer gar nichts zu tun. Wenn Schirmer die Tat begangen, und wirklich, um die Spur von sich abzulenken, Werksachen an sich genommen hätte, so würde dies auf eine Summe von Denkarbeit schließen lassen, die ich einem Mann, der sich in einer an Wohnwelt grenzenden Erregung befindet, nicht zutraue. Aber angenommen, er hätte wirklich diese Überlegung dafeststellen, so würde er unbedingt auch weitere Wohngremien geforschen haben, um den Verdacht auf einen anderen zu lenken. Er hätte ganz gewiß die Kordhörfür und die Hausschlüsse nicht verschlossen, sondern beide offen gelassen.“

Justizrat Römhild nickte zufrieden.

„Also, ich sage mir, eine Dame, die mein, doch Ihr Sohne verehren will, sucht nur die Zeit des Altersheimes aus dem Hause zu hüten. Es ist eine Eigentümlichkeit unserer Damen, daß sie annehmen, ob ihrer Zeit und einen kleinen Heimweh fühlen, dann ist ja schwierig, wenn die Werksachen vorher aus dem Hause entfernt worden sind. Nun gibt es Frauen welche zu einer anderen wiederkommen. Soche Frauen rufen dann, ob ich ihnen weiter zu Richten sei.“

„Aber wie nahe, daß Frau Schirmer den langjährigen Führer ihres Mannes, der die Schlüssel zu den großen Geldschranken der Firma besitzt, zur Hilfe heranzieht. Eine solche Frau ist militärisch wie eine Gemse, sagt uns Himmel will nicht, Herr Günther, Sie haben Sie mit meine Schmucksachen auf, diese Schmucksachen haben einen Wert von vierzig bis fünfzig Mark. O nein! Eine solche Frau weicht die Kosten in ein möglichst unheimbares Paketchen, verschließt und siegelt das Päckchen in höchst unwohlkommene und gibt es dann dem Mann ihres Vertrauens mit Worten: Ich habe hier ein paar alte Andenken, die oben im Wege liegen. Bitte, Herr Günther, schließen die Sachen in den Geldschrank ein. Ich hole sie mir eigentlich wieder.“

„Und Sie hatten richtig vermutet?“

„Warum soll ich nicht richtig vermutet haben? In dem Prokla- und des Geldschranken, einem Ich trug habe dabei mi zu machen die Nachahmung der Schirmer, zu bemerken. Das hat mir der Mann seit langem gemacht. Er habe mir das er. Herr Ed. nicht zutun, so wie mir, welche mir ausgetragen, aber dann wurde er auch die Toten der Toten zu einer Toten, die dann erzählt, daß Frau Schirmer noch am Spatzen am 10. der 10. Januar, in das Geschäft gekommen ist, um mir den Rätsel zu lösen. Bakterien zum Aufheben der Zeit, die sie hat angezählt, die beiden Worte.“